

Die Umwälzung in Berlin und im Reich.

Ein Aufruf des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates. — Die Bewegung in den Betrieben.

Der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat.

Der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat besteht aus einer Kommission der Unabhängigen, die gestern schon gewählt worden war, und aus einem Komitee, das heute früh von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewählt worden ist. Diese beiden Komitees haben sich zusammengetan und bilden den Arbeiter- und Soldatenrat. Bezüglich des Generalstreiks tagt noch das einschlägige Komitee. Ueber die Frage, ob die Einrichtungen der Ernährung, des Verkehrs, des Lichtwesens und der Druckereien von einem eventuellen Generalstreik berührt werden sollen, darüber wird gleichfalls noch beraten.

Eine heute vormittag beim sozialdemokratischen Parteivorstand abgehaltene Sitzung, zu der sämtliche Vertrauensleute aus den Berliner Betrieben erschienen waren, war nur von kurzer Dauer. Die Vertrauensleute erklärten, daß sich die Arbeiter nicht in den Betrieben halten lassen würden. Darauf wurden sie beauftragt, zur Ruhe und Besonnenheit anzusprechen und den Arbeitern beim Hinausgehen aus den Betrieben nichts in den Weg zu legen. Es ist damit zu rechnen, daß bereits heute mittag sämtliche Betriebe in Streik stehen werden.

Heute vormittag 9 Uhr haben die Arbeiter der Firma Schwarzloppf in der Scheringstraße und in der Ginnowitzer Straße fast vollständig die Arbeit eingestellt. Auch auf den Flugplätzen waren die Betriebe nicht mehr in Gang zu erhalten. Hier haben sich auch die Soldaten der Bewegung angeschlossen. Auf einem Platz haben sie den Austritt des Kommandanten verlangt. Dies Verlangen soll erfüllt worden sein. Eine aufgebodene Maschinengewehrabteilung wurde zurückgezogen. In der Argus-Motoren-Fabrik in Reinickendorf streikten um 10 Uhr 900 Mann, bei Stöck, Motorenflug-Fabrik in Niederschöneweide 200 Mann. Ferner wird gestreikt bei Stöck, Süssmiller Straße, Knorr (Bremsen) und in einer großen Reihe kleiner Betriebe.

Bei der U. C. G. in Hennigsdorf, in der Brunnenstraße, bei der Apparaturfabrik in der Adlerstraße und in der Turbinenfabrik wird ebenfalls gestreikt. In den frühen Vormittagsstunden zogen Arbeiter mit roten Fahnen in der Brunnenstraße durch die Alleen und versuchten auch die kaufmännischen Angestellten zur Arbeitsniederlegung zu bewegen. 7000 bis 8000 Arbeiter, die in der Fabrik der U. C. G. in der Volkstraße beschäftigt sind, legten um 9 Uhr die Arbeit nieder und bildeten später einen Zug, der nach dem Innern der Stadt strömte. Dem Zuge werden Pappschilde vorangetragen mit der Aufschrift: „Brüder! Nicht Schießen!“

Bei Siemens u. Halske sind um 10 Uhr die ersten Arbeitsniederlegungen erfolgt. 500 Mann aus dem Blockwerk sind nach der Stadt abmarschiert.

Die sozialdemokratische Partei hatte die Werkstatt-Vertrauensleute für 11 Uhr zu einer Sitzung eingeladen.

Heute vormittag waren in Berlin Gerüchte verbreitet, nach denen die unabhängigen Führer sowie der Führer der Mehrheitssozialisten Gert verhaftet worden seien. An diesen Gerüchten ist nichts richtig. Richtig ist nur, daß der Unabhängige Dumig verhaftet worden ist. Der Grund ist unbekannt. Heute mittag war Dumig noch in Haft.

In der Bärse waren heute vormittag mehrere hundert Mann Schutzleute zusammengezogen worden; in der Nähe der Börse wurden von der Polizei Notensprockstellen eingerichtet. An der Schlossbrücke stand ein starkes Militärkontingent. Ebenso war am Potsdamer Bahnhof, Gohlswitzerbrücke und vielen anderen Verkehrspunkten Militär zusammengezogen.

Die Arbeiterzüge bewegten sich nach den uns zugehenden Meldungen überall ruhig. Ihr Ziel waren die Versammlungsorte. Auf dem Turm des Rathauses wurde ein militärischer Winterdienst eingerichtet.

Die sozialdemokratischen Vertrauensleute in den Berliner Großbetrieben haben gestern abend eine Besprechung abgehalten und beschlossen, einen aus sechzehn Personen bestehenden Aktionsausschuß zu bilden, der sofort in Tätigkeit treten soll. Dieser Ausschuß soll verhindern, daß die einzelnen Betriebe bei politischen Vorgängen nicht einseitlich handeln und dadurch die Sache der Arbeiterschaft gefährden.

Die Demokratisierung in den Bundesstaaten.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

h Stuttgart, 9. November.

Der König von Württemberg hat die Entlassungsgesuche des Ministerpräsidenten sowie des Kultus- und Justizministers genehmigt und die Reubildung des Ministeriums im Sinne der Mehrheitsparteien des Landtages befohlen. Der neue württembergische Ministerpräsident Kieserling wird neben dem Präsidium die Geschäfte des Staatsministers der Justiz und der auswärtigen Angelegenheiten (Politik) führen, während der ursprünglich zum Justizminister vorgesehene Dr. v. Klene die Verkehrsabteilung übernimmt. Ob unter den derzeitigen Verhältnissen die Zusammenlegung des Ministeriums so bleiben wird, ist fraglich.

h Dresden, 9. November.

Die sächsische Regierung wird voraussichtlich schon in der nächsten Woche die Wahlrechtsvorlage der Zweiten Kammer zugehen lassen. Es soll das allgemeine gleiche geheime und direkte Wahlrecht zusammen mit der Verhältniswahl auf Grund des Listenwahlsystems eingeführt werden. Man plant, das Land in neun Wahlbezirke einzuteilen, von denen jeder, je nach der Zahl der Bevölkerung 9 bis 12 Abgeordnete zu wählen hätte. Die Re-

form der Ersten Kammer wird sofort nach Erledigung der Wahlrechtsvorlage vorgenommen werden. Die Kammer wird in eine berufständliche Vertretung umgewandelt werden, die Mitglieder sollen auf bestimmte Zeitdauer gewählt werden, doch soll der König ein gewisses Ernennungsrecht erhalten.

Die Vorfälle im Reich.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

h Stuttgart, 9. November.

Die heute in Stuttgart bevorstehende Umsturzbewegung, über die wir bereits gestern berichtet haben, wird vom Oberbürgermeister Lautenschlager mit folgendem Aufruf eingeleitet: „Mitbürger! Heute vormittag wird die Arbeiterschaft Stuttgarts sich auf dem Schloßplatz und den benachbarten Plätzen versammeln, um von ihren berufenen Führern Mitteilungen über die innerpolitische Lage entgegenzunehmen. Diese Versammlung will beruhigender und geordneter Ueberleitung in andere staatsrechtliche Verhältnisse dienen. Die gesamte Einwohnerschaft bitte ich, Ordnung und Ruhe zu halten. Damit dient jeder am Besten unserer Stadt und dem Vaterland.“ — Wir schon gemeldet, sehen die Behörden der Bewegung, die gemeinschaftlich von der Sozialdemokratie und den Unabhängigen organisiert ist, keinen Widerstand entgegen.

h Frankfurt a. M., 8. November.

In Frankfurt a. M. wurden heute im Cinderehmen mit dem Wohlfahrtsausschuß in allen Kasernen Versammlungen der Soldaten abgehalten, in denen die Mitglieder des Soldatenrats gewählt wurden. Morgen früh werden sie im Gewerkschaftshaus zusammentreten, um ihre Forderungen zu formulieren.

h Hamburg, 9. November.

In Hamburg verliefen der Abend und die Nacht ruhig. An verschiedenen Stellen der Stadt hörte man wieder Gewehrfeuer, doch handelte es sich in den meisten Fällen um Berufsungeschüsse, namentlich gegen versuchte Plünderung. Weiter waren gestern abend vielfach in den Villenstraßen um die Häuser zahlreiche Fälle von unberechtigten Requisitionen, angeblich im Auftrage des Arbeiterrates, zu bemerken. Es drangen ganze Kruppen von bewaffneten Soldaten in die Häuser ein, hauptsächlich Lebensmittel fortzunehmen. Der Soldatenrat hat bekannt gemacht, daß solche Requisitionen mit handrechtlicher Einschüßung bestraft werden. In der Kaserne haben sich die Soldaten wieder eingefunden, um Verpflegung zu empfangen. Sie haben ihre Vorgesetzten, darunter auch einige Leutnants, selbst gewählt. Der Dienst des Bezirkskommandos ist vom Soldatenrat übernommen worden. Die bisher zurückgestellten blieben nach einer Verfügung weiter zurückgestellt. Neue Eingiehungen finden nicht mehr statt. Die Polizei übt ihren Wachdienst jetzt gemeinsam mit Soldatenposten aus. Die Verhaftung der Kriminalbeamten hat sich als ein Irrtum herausgestellt. Sie wurden wieder freigelassen. Die Polizeikommission wird von morgen ab auf 1 1/2 Uhr verlängert. Von heute ab sollen alle Züge wieder verkehren, die Berliner Züge allerdings nur auf der Strecke bis Wittenberge. Die Wiederaufnahme der Arbeit auf den Werften und allen anderen stillgelegten Betrieben wird voraussichtlich Anfangs nächster Woche erfolgen. Die Hamburger Theater beginnen morgen wieder mit ihren regelmäßigen Vorstellungen, aber mit früheren Anfangszeiten.

h Dresden, 9. November.

Der König soll den Befehl gegeben haben, jedes Blutvergießen zu vermeiden und daher keinen Widerstand zu leisten. Er soll sich im Schloß Wachlitz bei Dresden befinden. Heute nachmittag, 5 1/2 Uhr, findet unter feierlichem Himmel vor dem Dresdener Opernhaus eine große Soldaten-, Bürger- und Arbeiterversammlung statt. Auf eine Stunde später haben die Unabhängigen eine Versammlung einberufen.

Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei in Sachsen erläßt einen Aufruf, in dem es heißt: „Soldaten, Bürger, Arbeiter und Arbeiterinnen! Der Waffenstillstand wird geschlossen, der Frieden folgt alsbald. Draußen geht das Blutvergießen zu Ende, jetzt müßt ihr helfen, daß kein Blutvergießen im Innern des Landes entsteht. Der Verkehr muß unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben, jede Störung unterbricht die Nahrungsmittelzufuhr und überläßt in wenigen Tagen die Bevölkerung der Hungersnot. Die Folgen male sich jeder selbst aus. Eure Frauen, eure Kinder, ihr selbst verfallt dem Hungertode. Allgemeine Verweigerung würde einreisen. Und in Eurem Blute würde die Revoluktion erstickt. Denn die Volksfeinde lauern auf den Vorwand zu Gegenständen gegen die Demokratie. Zusammenhalten, unbedingtes Zusammenhalten, führt uns zum Siegel Unbedingte Disziplin sei die Lösung. Der Frieden kommt, die Freiheit kann Euch keiner wehren. Vergesst nicht das Brot! Verzichtet nicht die Mittel, das Brot herbeizuschaffen. Nochmals, haltet Disziplin! Keine Gewalttat, keine Festsetzung!“

Dresden steht seit heute nacht vollkommen im Zeichen der großen politischen Bewegung, die durch das ganze Reich geht. Es hat sich noch gestern abend ein Soldaten- und Arbeiterrat in Dresden gebildet. Er veröffentlichte folgende Rundmachung: „Mit dem heutigen Abend ist die Leitung der Geschäfte der Garnison Dresden in die Hände des provisorischen Soldaten- und Arbeiterrates übergegangen. Sämtliche Militär- und Zivilbehörden arbeiten in ihrer bisherigen Zusammensetzung weiter unter Leitung und Aufsicht des provisorischen Soldaten- und Arbeiterrates. Dagegen verpflichtet sich der provisorische Soldaten- und Arbeiterrat mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln, Ausrichtungen und Plünderungen, sowie jedes Vergehen gegen die öffentliche Ordnung zu verhindern. Das Privateigentum und die persönliche Freiheit wird unter allen Umständen gewahrt werden. Im Interesse der baldigen Wiederherstellung geordneter Verhältnisse hat sich der Hauptmann Winterg vom stellvertretenden Generalkommando bereit erklärt, in den Soldatenrat einzutreten.“

Die Republik Bayern.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

st München, 9. November.

Das neugebildete Ministerium der provisorischen Regierung der demokratischen und sozialen Republik Bayerns hat in der Nacht durch Anschlag folgende Proklamation veröffentlicht:

„An das bayerische Volk! Berufen durch die Not des Volkes, hat die unterzeichnete Volksregierung die Leitung der demokratischen und sozialen Republik Bayerns übernommen. Die neue Regierung stützt sich auf die Mitarbeit des gesamten bayerischen Volkes, das namentlich zur Durchführung der weitgehendsten demokratischen politischen und sozialen Aufgaben berufen ist. Unser Programm werden wir baldigst gesondert bekanntgeben. Worauf es in dieser Stunde ankommt, ist, daß die strengste Ordnung gesichert und gewährleistet wird. Jeder Bürger unseres Landes soll seiner gewohnten Arbeit nachgehen. Stadt und Land müssen einig in diesem Streben zusammenwirken. Die Umwälzung ist vollzogen. Die friedliche Entwicklung muß das weitere Ziel sein. Alle Bürger haben die Pflicht, hierin mitzuwirken, und das Morgenrot der neuen Friedenszeit mit ihren gewaltigen Kulturaufgaben darf nicht verdundelt werden, darf nicht in einem Chaos innerer Zerrissenheit untergehen.“

Jeder, der die Neuordnung zu eigenem Zweck mißbraucht, sich an Plünderungen und Raubzügen beteiligt, ist ein Feind des Volkes. Gegen Plünderer und raubende Personen werden die allerstärksten Maßregeln ergriffen. Unsere gesamte Soldatenmacht hat die strengste Weisung, die Sicherheit jedes Bürgers und des Eigentums zu sichern. Alle bisherigen Beamten bleiben in ihren Stellen. Die Beamten und die Arme werden auf die neue Regierung vereidigt. Die sind uns der großen Verantwortung bewußt, die wir übernehmen, und kennen insbesondere die Schwierigkeiten in der Ernährungsfrage. Die städtische Bevölkerung muß selbstverständlich die Ernährungsnotwendigkeiten decken. Es wird alles geschehen, um sie zu bewilligen. Wir hoffen dabei auf die verständnisvolle Mitwirkung des gesamten Bauernstandes. Unsere Soldaten sind angewiesen, den Grenzschutz auf das strengste durchzuführen, damit Heim und Herd unseres bayerischen Volkes vor einbrechenden Plünderern gesichert sind. Kein Gegensatz zwischen Stadt und Land soll uns künftig trennen, vielmehr soll entschlossenstes Zusammenarbeiten aller Volks- und Berufsschichten unseren neuen Volksstaat zum Blühen und Gedeihen bringen.“

Die Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse durch den Weltkrieg des ungeliebten Weltkrieges stellt uns vor große Aufgaben. Die weitgehendste soziale Fürsorge wird sofort ergriffen. Die Untertanen haben mit den Arbeitern das gleiche Interesse, keine Einschüchterung der Volkswirtschaft, kein regelloses Durcheinreißen entstehen zu lassen. Organisationsmäßiges friedliches und freundschaftliches Zusammenarbeiten ist unsere Pflicht. Wir appellieren an jeden Bürger, uns zu unterstützen. Die Soldaten in die Kasernen, die Arbeiter in die Betriebe! Jedem Staatsbürger obliegt die Arbeitspflicht!“

Zu der ersten Versammlung der neuen provisorischen Regierung verlas der Schriftführer Vogel ein Telegramm der christlichen Gewerkschaften Münchens, die sich bereit erklärten, dem Arbeiter- und Soldatenrat ihre Organe zur Aufrechterhaltung der Ordnung zur Verfügung zu stellen, um im Interesse der arbeitenden Bevölkerung an der Aufrechterhaltung der Ordnung mitzuwirken. Unmittelbar im Anschluß an die Wendestellung der neuen Regierung fand eine Sitzung des neuen Ministeriums statt. Von allem wurde dabei Nachdruck darauf gelegt, daß alle möglichen Maßnahmen sofort getroffen werden, um jeden Eingriff in die persönliche Freiheit und in die Sicherheit des Eigentums mit den allerstärksten Maßregeln zu verhindern und zu verfolgen.

h Breslau, 9. November.

In der bürgerlichen Presse Breslaus erscheint heute morgen ein Aufruf: „Treue zu Kaiser und Reich.“ Es heißt darin unter anderem: „Jedes Vertrauen zu König und Kaiser laut und unbedinglich zu bekunden, hat Erstes besondere Grund, das nie vergessen darf, daß kein Wohlstand unter Schutz und Führung unseres Herrscherhauses erblickt ist. Darum rufen wir allen zu, die das Vaterland lieben, auch in den schwersten Tagen, Sondermeinungen und Neigungen zurückzustellen und festhalten an den unerschütterlichen Gütern, die unseres Volkes Zukunft verbürgen und nicht voneinander zu trennen sind: Reich und Kaiser!“ Unterschriften ist der Aufruf von dem Fürst Bischof von Breslau Dr. Bettram, von dem Präsidenten der Handelskammer Breslau v. Eichhorn, von dem Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Breslau S. Ludwig, vom Oberbürgermeister von Breslau Matting, von dem Generalinspektoren Dr. Rottebohm, von dem Rektor der Erziehungshochschule Breslau Semmler und dem Landeshauptmann der Provinz Schlesien Haas.

h Essen, 9. November.

Seit gestern abend hat die Soldatenbewegung auch auf das rheinisch-westfälische Industriegebiet übergegriffen, doch ist es bis jetzt nirgends zu Unruhestörungen gekommen. Am späten Abend wurde gestern in Essen die Einsetzung des Soldatenrats ausgerufen. In den größeren Soldaten- und Theatern wurden die anwesenden Militärpersonen, auch die Offiziere, zur Abgabe der Waffen aufgefordert, ebenso in den Straßen und Straßenbahnen; im allgemeinen verlief alles ruhig. Der Essener Hauptbahnhof war von Soldaten besetzt. Die abfahrenden Soldaten werden entwaffnet. Der auf Veranlassung der Stadtverwaltung gebildete Essener Vertrauensmännerausschuß, der aus Vertretern aller Kreise der Bürgerschaft besteht, teilt mit, daß sämtliche in Essen in Haft befindliche Militärgefangenen schon am Freitag abend in Freiheit gesetzt worden seien und heimwärts